

## Antrag gegen den Import von verflüssigtem Fracking-Erdgas nach Deutschland

Der Energienetzbeirat bittet den Präs. der Hamburger Behörde für Umwelt und Energie (BUE), Senator Jens Kerstan, sich unter Ausschöpfung aller bestehenden Möglichkeiten gegen den geplanten Import von flüssigem Erdgas (LNG) aus Fracking-Quellen in die Bundesrepublik Deutschland einzusetzen. Insbesondere sollten die Pläne des Bundeswirtschaftsministeriums, die Kosten für die Anschlussleitungen zu den Terminals von den Gas-Verbrauchern tragen zu lassen, verhindert werden.

### Begründung:

Das Bundeswirtschaftsministerium beabsichtigt, die deutschen Gasnetzkonzerne dazu zu zwingen, Gasnetzanschlüsse zu den Flüssiggasimport-Terminals zu bauen, die an der Unterelbe geplant werden.<sup>1</sup> Mit einer vom BMWi unter Hochdruck durchgepeitschten Änderung der Gasnetzzugangsverordnung (GasNZV) soll der Rechtsrahmen für den Bau der LNG-Terminals bis zur Sommerpause geregelt werden.

Die Beamten des BMWi schreiben: " Die mit der Errichtung des Netzanschlusses von LNG-Anlagen verbundenen Kosten der Fernleitungsnetzbetreiber werden als Investitionsmaßnahme nach der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) eingeordnet. Damit wird sichergestellt, dass die Kosten ohne Zeitverzug in die Gasnetzentgelte eingebracht und auf die Netznutzer gewälzt werden können." <sup>2</sup> Die Kosten für die Anschlussleitungen zu den Terminals sollen also von den Gas-Verbrauchern getragen werden. <sup>3</sup> Allein für die Anbindung eines LNG-Terminals in Brunsbüttel wäre der Bau einer 50 km lange Leitung nötig, die rund 80 Mio. Euro kosten würde. Diese Gasleitung hatte die Bundesnetzagentur erst kürzlich aus dem Netzentwicklungsplan Gas gestrichen.

Der Einsatz von Fracking-Erdgas, wie es in den USA gefördert wird, hat sogar eine schlechtere Klimabilanz als der Einsatz von Kohle.<sup>4</sup> Fracking-Erdgas aus den USA ist Gift für das Klima.

Hamburger Planungen, beim Ausstieg aus der Verbrennung von Steinkohle übergangsweise einen Teil der Fernwärme mit fossilem Erdgas zu erzeugen, könnten daher nicht mehr unterstützt werden, wenn die Gefahr droht, dass letztendlich schmutziges Fracking-Erdgas von der Art eingesetzt wird, wie es in den Vereinigten Staaten gefördert wird.

EU-Kommissionschef Juncker musste im Juli 2018 nach der Drohung des US-Präsidenten Trump mit einem Handelskrieg Zugeständnisse beim Import von Flüssigerdgas aus den USA machen. Es kann jedoch nicht hingenommen werden, dass dem Klima massiv geschadet wird, um damit Trumps Drohungen mit Handelssanktionen abzuwenden.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) lehnt Subventionen für fossile Infrastruktur ab und fordert einen Import-Stopp für Fracking-Gas. Die Bundesregierung sollte sich um den Ausbau und die Förderung von erneuerbarem Gas bemühen, statt Auslaufmodelle klimaschädlicher Energiequellen zu fördern. Da Gasförderung mit Hilfe von Fracking in Deutschland keine Aussicht auf Anwendung hat, darf die Nutzung dieser schmutzigen Technologie nicht durch die Hintertür mit Hilfe des Imports von Fracking-Gas aus den USA ermöglicht werden. Die DUH fordert, die Bundesregierung sollte ein Konzept vorlegen, wie sich LNG-Terminals mit den deutschen Klimaschutzziele vereinbaren lassen.

Zudem steht die Wirtschaftlichkeit der geplanten LNG-Terminals in Frage. Alle existierenden LNG-Importanlagen in der EU haben einen extrem geringen Auslastungsgrad von

unter 25 Prozent. Im Hinblick auf die Pflicht zur vollständigen Dekarbonisierung bis 2050 wäre der Ausbau zusätzlicher fossiler Infrastruktur eine Fehlinvestition in bald verlorene Vermögenswerte.

Antragsteller: Günther Bock, Ute Heucke, Dietrich Rabenstein, Gilbert Siegler

---

<sup>1</sup> Flüssiggas-Terminals sind vorgesehen in Brunsbüttel, Stade, Rostock oder Wilhelmshafen

<sup>2</sup> [https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/E/verordnung-zur-verbesserung-der-rahmenbedingungen-fuer-den-aufbau-der-Ing-infrastruktur.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/E/verordnung-zur-verbesserung-der-rahmenbedingungen-fuer-den-aufbau-der-Ing-infrastruktur.pdf?__blob=publicationFile&v=6)

<sup>3</sup> Neue Flüssiggas-Häfen. Deutsche Gaskunden sollen Trumps Terminals bezahlen. spon, 18.3.2019  
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/Ing-deutsche-gaskunden-sollen-trumps-terminals-bezahlen-a-1258452.html>

<sup>4</sup> [https://www.eeb.cornell.edu/howarth/publications/Howarth\\_2014\\_ESE\\_methane\\_emissions.pdf](https://www.eeb.cornell.edu/howarth/publications/Howarth_2014_ESE_methane_emissions.pdf)  
[http://www.eeb.cornell.edu/howarth/publications/Howarth\\_2016\\_methane\\_emissions\\_summary\\_De.pdf](http://www.eeb.cornell.edu/howarth/publications/Howarth_2016_methane_emissions_summary_De.pdf)